DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Sachsen Blickpunkt

Mitteilungsblatt der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen

Jahrgang 21 4/2014

Noch wenige Tage, dann ist auch das Jahr 2014 Geschichte. Auch in dieses Jahr ist sicher Jeder mit Wünschen gestartet - für sich, für seine Liebsten, für seine Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn von vornherein klar ist, dass nicht alle in Erfüllung gehen (können!?), so ist es doch eine schöne Tradition und entspricht doch dem Wesen des Menschen, mit Zielen in die Zukunft zu gehen.



Auch als DSTG Sachsen sind wir mit Erwartungen in das Jahr 2014 gegangen. Doch gleich am 04. Januar kam die Ernüchterung – die Widerspruchsbescheide zur Seniorität ergingen. Hierzu haben wir uns als DSTG Sachsen schon oft geäußert. Auch andere Wünsche, wie eine aufgabengerechte Personalausstattung in der Finanzverwaltung, Beförderungsmöglichkeiten, die den steigenden Anforderungen an jeden Dienstposten gerecht werden, Software, die uns bei der Arbeit unterstützt – um nur einige zu nennen – bleiben weiter Wünsche, die wir als DSTG Sachsen in das nächste Jahr mitnehmen. Die Wünsche an den neuen /alten Finanzminister haben wir im letzten Sachsenblickpunkt schon geäußert. Sie werden auch Gegenstand der Beratung am 14. Januar 2015 zwischen der DSTG und dem Finanzminister sein. Ebenso werden die Gespräche mit den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtages von diesen Themen bestimmt werden, denn der Doppelhaushalt 2015/2016 steht im Frühjahr zur Beschlussfassung an.

Bedanken möchten wir uns als DSTG Sachsen bei jedem Mitglied, denn besonders dieses Jahr hat – wieder – gezeigt: Nur in Gemeinsamkeit sind wir stark! Es bedarf der Arbeit vieler - in den Ortsverbänden, im Landesverband und auf Bundesebene, zwischen den Gewerkschaften - um erfolgreich sein zu können.

Wir wünschen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in das neue Jahr, das wir in Gemeinsamkeit erfolgreich gestalten wollen. Die Einkommensrunde 2015 steht schon in den „Startlöchern“…… und viele andere Wünsche sind auch noch offen und zu gestalten.

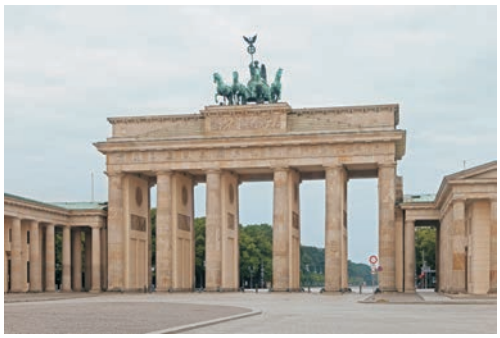
DSTG im Intranet: Intranetlinks-> Gewerkschaften->DSTG Sachsen
DSTG im Internet : www.dstg-sachsen.de + www.dstg-jugend-sachsen.de

Aus dem Inhalt:

Bundeshauptvorstand	S. 2
Aktuelles aus dem HPR	S. 2
Arbeitsgruppe Tarif	S. 3
Finanzamt als "Steuer-Stasi"?	S. 3
Der Streit um den Streik	S. 5
Auflösung des Rätsels	S. 6
Bildungsreise nach Dresden	S. 7
„Wie viel Staat braucht Staat?“	S. 8

Bundeshauptvorstand

Der Bundeshauptvorstand II/2014 der DSTG fand am 13./14.11.2014 in Berlin statt. Als Tagungsstätte dienten die Räumlichkeiten der „Stiftung Familienunternehmen“ direkt am Pariser Platz. Die Übersicht, welche bedeutenden Unternehmen in Deutschland alles familiengeführt sind und die Stiftung unterstützen, war schon beeindruckend. Natürlich standen der Bericht der Bundesleitung sowie die der Jugend- und Frauenvertretung, aus dem Tarif- und Seniorenbereich im Mittelpunkt der Tagung. Ergänzt wurde diese durch die Berichte und Informationen aus dem Bereich der Schwerbehindertenvertretung, der Deutschen Finanzsporthilfe und der Union des Finanzpersonals in Europa. Der Kollege Dr. Eichenauer aus Hessen erklärte seine Bereitschaft, die Belange der Schwerbehinderten in der DSTG zu vertreten. Dafür dankte ihm der Bundesvorstand und sprach ihm sein Vertrauen aus. Weiterhin offen ist die Durchführung des Deutschlandturniers der Finanzämter 2016. Kritisch betrachtet wurden die Auswirkungen der Selbstveranlagung in Dänemark auf das Personal, die Fehlerquote der Bescheide und das Steueraufkommen. Die ablehnende Haltung der DSTG findet dadurch ihre Bestätigung. Festgelegt wurde auch der Termin und Tagungsort für den Bundeshauptvorstand 2015. Er wird im November 2015 in Görlitz stattfinden. Als DSTG freuen wir uns darauf, als Gastgeber fungieren zu dürfen, zumal die Tagung auch unter dem Motto „25 Jahre DSTG in den neuen Bundesländern“ steht.



Quelle: Wikipedia

Auf die Beratung der DSTG zu KONSENS, Stand und Möglichkeiten bzw. Anforderung an die Stufenvertretungen der Personalräte am 25.11.2014 in Kassel wurde ebenso wie auf die Klausurtagung der DSTG zu aktuellen Themen im Februar 2015 hingewiesen.

(Reinhold Mähne, Landesvorsitzender)



Aktuelles aus dem HPR

Am 28. November 2014 war der letzte Arbeitstag unseres DSTG-Kollegen Günter Steinbrecht, der zuletzt HPR-Vorsitzender war. Wir danken ihm ganz herzlich für sein Engagement für die Belange der Kolleginnen und Kollegen und wünschen ihm einen gesunden (Un-)Ruhestand!

Im HPR war dadurch eine Nachwahl erforderlich. In der Sitzung am 3. Dezember 2014 bestimmten die HPR-Mitglieder einstimmig unsere DSTG-Kollegin Marina Sämisch als neue HPR-Vorsitzende. Ihr zur Seite steht tatkräftig unsere DSTG-Kollegin Nannette Seidler, die weiterhin als stellvertretende HPR-Vorsitzende wirkt.

Neue Einkommensrunde steht bevor - Arbeitsgruppe Tarif wirbt um Mitarbeit



Das Jahr 2015 steht unmittelbar bevor. Und neben all dem, was sich jeder von uns persönlich vornimmt, gibt es auch einen offiziellen Termin, der sicher für uns alle Bedeutung haben wird. Die Verhandlungen über den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst der Tarifbeschäftigten/Angestellten der Länder beginnen Anfang 2015.
Und unter den rund eine Million betroffenen Angestellten befinden sich auch diejenigen, die hier in Sachsen in unserer Finanzverwaltung tätig sind und damit in unserer DSTG organisiert sind. Die Verhandlungen in unserem Interesse führen wird der dbb - Deutscher Beamtenbund und **Tarifunion**. Zudem gibt es eine Tarifkommission, in der auch die DSTG Bund sowie der Sächsische Beamtenbund vertreten sind. - Das klingt vernünftig und ganz sicher sind unsere Interessen da in guten Händen!
Trotzdem hat die DSTG Sachsen die Absicht, zeitnah eine **Arbeitsgruppe Tarif** ins Leben zu rufen. Denn neben unseren Vorstellungen zur bevorstehenden Einkommensrunde gibt es noch andere Themen, die für den Tarifbereich und damit alle Angestellten von Bedeutung sind.
Wie steht es zum Beispiel mit dem aktuellen Eingruppierungstarifvertrag? Sind alle dort beschriebenen Tätigkeiten noch genau so, wie vor Jahren festgeschrieben, oder hat sich, beispielsweise durch Umorganisationen oder aber die Einführung und Nutzung neuer Technologien, doch das eine oder andere geändert? Wie steht es mit Transparenz und Information zu Entwicklungsmöglichkeiten der Angestellten in unserem Ressort? Es gibt sicher einiges zu besprechen und ggf. zu verbessern.
Auch in die Arbeit unserer Stufenvertretungen BPR und HPR können und sollen die Themen einfließen.
Die DSTG Sachsen bittet deshalb interessierte Tarifbeschäftigte, sich zu einer Mitarbeit in unserer AG Tarif bereit zu erklären. Aber auch soweit Sie Vorschläge, Fragen und Tipps für die Arbeit dieser AG haben, sind diese natürlich willkommen.
Es gibt viel zu tun, machen Sie mit! :-) Bitte einfach melden unter agtarif@dstg-sachsen.de.

(Nannette Seidler, Angestelltenvertreterin im HPR)

Das Finanzamt als "Steuer-Stasi"?

"Die Finanzämter dürften heute mehr über ihre Schäfchen wissen als das frühere Ministerium für Staatssicherheit über den durchschnittlichen DDR-Bürger." - Rumms, das saß! Ich schreckte auf. Eben noch hatte ich gemütlich auf dem Sofa im "Guten Rat" geblättert. Doch was ich in Ausgabe 5/2014 lesen musste, wollte ich nicht glauben. Ganz unscheinbar sollte es in einem Artikel um die optionale vorausgefüllte Steuererklärung gehen. Die Überschrift "Kontrollieren Sie Ihr Finanzamt" war typisch beim Reizthema Steuern und nichts besonderes, aber dann diese Einleitung...

Bei aller journalistischen Freiheit halte ich einen solchen Vergleich für unangemessen. Auch wenn es nur ein einziger Satz war und im weiteren Artikel das Stasi-Thema nicht wiederholt oder vertieft wurde, so steht doch diese Behauptung in der Einleitung und somit an prominenter und einprägsamer Stelle. Doch was konnte oder sollte ich tun? Einfach weiterlesen und die Zeitung weglegen? Einfach nicht ärgern und "abhaken", so wie immer? Nach einigen Tagen stand mein Entschluss fest: Das lasse ich nicht auf uns allen sitzen.

In einem Leserbrief machte ich meinem Ärger Luft und bat abschließend um eine Klarstellung. Doch ich wartete vergebens auf eine Antwort, erst recht auf einen Hinweis in späteren Ausgaben. Und was jetzt? Auf keinen Fall aufgeben, denn Plan B hatte ich mir bereits zurecht gelegt: Ein Schreiben an den "Deutschen Presserat". Jede Person kann sich dort über journalistische Beiträge in Zeitungen, Zeitschriften und deren Online-Auftritten beschweren und diese prüfen lassen. Grundlage ist der "Pressekodex", das sogenannte ethische Regelwerk für Journalisten. Und dagegen hatte der Artikel - aus meiner Sicht - gleich mehrfach verstoßen:

- Der Vergleich lässt den Anschein erwecken, die Finanzämter würden rechtswidrig handeln. Doch die Daten, welche die Finanzämter sammeln, schreibt der Gesetzgeber vor. D.h. der Umfang ist nicht etwa beliebig wählbar, sondern demokratisch legitimiert. (m.E. Verstoß gegen Unschuldsvermutung, Ziffer 13 Pressekodex)
- Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war ein Teil des Unrechtsstaats DDR. Durch den Vergleich werden die heutigen Finanzämter in inakzeptabler Weise in Verbindung mit einer undemokratischen Einrichtung gebracht. (m.E. Verstoß gegen journalistische Sorgfalt, Ziffer 2 Pressekodex)
- Der Vergleich ist auch dahingehend unsachgemäß, weil Finanzämter und MfS keine inhaltlich vergleichbaren Einrichtungen darstellen. Deren Aufgaben sind/waren vollkommen unterschiedlich. (m.E. Verstoß gegen journalistische Sorgfalt, Ziffer 2 Pressekodex)
- Der Vergleich ist eine Verhöhnung der Stasi-Opfer. Die damaligen Maßnahmen des MfS sind in keinster Weise mit den Tätigkeiten der Finanzämter vergleichbar. (m.E. Verstoß gegen Menschenwürde, Ziffer 1 Pressekodex)
- Der Vergleich ist eine Beleidigung für alle Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, die lediglich einen gesetzlichen Auftrag erfüllen. (m.E. Verstoß gegen Schutz der Ehre, Ziffer 9 Pressekodex)



Quelle: Wikipedia

Nach knappen vier Monaten stand das Ergebnis fest: "Der Beschwerdeausschuss hat Ihre Beschwerde als unbegründet bewertet." - Rumms, das saß! Zum zweiten Mal... Oftmals wird eine Eingabe an den Presserat umgehend verworfen. Doch hier war die erste Prüfhürde geschafft worden und man hatte extra darüber beraten. Dort hatte es der Chefredakteur offensichtlich geschafft, sich perfekt herauszureden. Themen würden extra zugespitzt, um den Leser für einen Artikel zu interessieren. Er räumte zwar ein, dass die Finanzämter keineswegs kriminelle Methoden anwenden würden. Aber die Finanzverwaltung verfüge über Daten, die dem MfS nicht zur Verfügung gestanden hätten. Der Beschwerdeausschuss hielt diesen Vergleich durchaus für geschmacklich zweifelhaft, er sei aber als Polemik erkennbar gewesen. Die Formulierung sei deshalb nicht zu beanstanden.

Also blieb der Artikel ohne konkrete Folgen - zumindest für die Zeitung "Guter Rat". Hingegen ist die Wirkung sowohl bei den Lesern als auch besonders bei den Kolleginnen und Kollegen nicht abzusehen. Und dieser Freispruch wird zugleich zum Freibrief. Denn wenn derartige Vergleiche zulässig sein sollen, dann wird der medialen Jagd endgültig Tür und Tor geöffnet. Auch zeigt das Beispiel mal wieder, dass immer mehr Bereiche der Medien mit Stammtischparolen um sich werfen. Von einschlägigen Massenblättern ist man ja provokante Schelte gewohnt, doch ausgerechnet in einem Verbrauchermagazin hätte ich solch eine unsaubere Berichterstattung nicht erwartet.

Unterm Strich viele zusätzliche Gründe, dass die Finanzverwaltung noch mehr für eine positive Außenwirkung macht. Als DSTG haben wir schon lange eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit angeregt und mittlerweile wird viel getan. Ein Teil davon ist der landesweite "Tag der Sächsischen Steuerverwaltung". Der bereits jetzt praktizierte "Tag der offenen Tür" beschränkt sich immer nur auf ein konkretes Finanzamt. Wenn aber alle Finanzämter am selben Tag zum Besuch einladen, dann bieten sich dadurch ganz andere Möglichkeiten. Vor allem kann diese Aktion medial viel intensiver von SMF und LSF begleitet werden, wodurch auch die Medien das Thema ganz anders aufgreifen können. Normalerweise ist man auf regionale Medien angewiesen, die (vielleicht) über einen "Tag der offenen Tür" berichten. Doch über offene Finanzämter in ganz Sachsen können überall die Medien berichten und wir können unsere Botschaften als Finanzverwaltung noch besser platzieren.

...und dann wird hoffentlich auch dem Chefredakteur beim "Guten Rat" klar, dass das Finanzamt keine "Steuer-Stasi" ist.

(Cornelius Dietze)

(Den Artikel, die Beschwerde und die Entscheidung stellen wir allen Interessierten im internen Mitgliederbereich zur Verfügung.)

Der Streit um den Streik
oder
Sind wir nicht alle ein bisschen Lokführer?

Novembermorgen, die Uhr zeigt 5.50 Uhr. Draußen ist es dunkel und bin froh, dass die Temperaturen vorm Haus noch beachtlich mild sind, zudem sind die Straßen trocken. Gemessen an der Jahreszeit könnte es wettermäßig deutlich ungemütlicher sein. Nun kann ich gleich losfahren, meine Frau schließt die Haustür und setzt sich neben mir ins Auto. Zeitiges Kommen sichert schließlich einen guten Parkplatz auf dem Gelände hinterm Finanzamtsgebäude.

Viele Monatskarten liegen an solchen Tagen bestimmt umsonst im Portemonnaie. Zwar fahren Straßenbahnen und Busse in Leipzig normal, wer aber zur Anreise aus dem Umland in die Stadt das Netz der S-Bahn Mitteldeutschland oder andere Nahverkehrszüge nutzen will, hat ein Problem.

Man merkt schnell, dass es anderen Berufspendlern offensichtlich genauso geht, die Straßen sind gut besucht und man ahnt bereits, dass es heute etwas stressiger auf den Straßen zugehen wird. Offensichtlich traut man dem Notfallfahrplan der Deutschen Bahn nicht so recht über den Weg; und das zurecht, es ist Lokführerstreik und da fallen ganze Linien stunden- oder tagelang komplett aus. Die kleine GDL lässt ihre Muskeln spielen und zeigt deutlich, welche Macht auch kleine Gewerkschaften haben, wenn sie an essentiellen Schrauben des alltäglichen Gefüges drehen.

Man hört es dieser Tage oft, eine kleine Gruppe nimmt ein Land in Geiselhaft, im Fernsehen sieht man rastlose Scharen von Reportern, die gestressten Reisenden ein Interview abnötigen wollen. Klar, fragt man die direkt vom Streik Betroffenen, wird man nur schwerlich verständnisvolle Reaktionen bekommen. Wenn Reisende wegen der Streikmaßnahmen zu spät oder gar nicht zur Arbeit kommen, wichtige Termine verschoben werden müssen, Anschlusszüge ausfallen oder man vielleicht einen Flug nicht rechtzeitig erreicht, dann wird man kaum Verständnis für den Arbeitskampf einer Gewerkschaft aufbringen. Die Aufzählung ließe sich leicht fortsetzen. Aber auch nicht direkt vom Streik Betroffene schütteln angesichts des Auftretens der GDL und ihres charismatischen Vorsitzenden den Kopf. Und dann das Ziel des Streiks: 2 Stunden weniger Wochenarbeitszeit bei 5 % mehr Lohn. Unerhört!

In den Meinungsumfragen genießen die Streikenden aber auch viel Verständnis. Da wäre endlich mal einer, der sich etwas traut, das Establishment so richtig herausfordert. Claus Weselsky, der Rebell aus Sachsen, der es dem riesigen Staatsunternehmen Deutsche Bahn mal so richtig zeigt.



Wenn man die Bahn nicht nutzt, fällt das Verständnis für den Streik natürlich leichter. Aber gelingt eine vorurteilsfreie Wertung dieses Arbeitskampfes? Mal ehrlich, wer von uns nähme keine 5 % Lohnsteigerung in Anspruch, wer bliebe nicht lieber 2 Stunden pro Woche länger daheim. Es ist alles eine Frage der Perspektive, wobei ich mir das Presseecho lieber nicht vorstellen mag, zöge der gesamte öffentliche Dienst mit dieser Forderung in die Tarifverhandlungen. Aber warum eigentlich nicht? Kein ernst zu nehmender Gewerkschafter rechnet damit, dass das anfangs formulierte Ziel als Ergebnis bestätigt wird. Aber angesichts der ersatzlosen Streichung des Weihnachtsgeldes für sächsische Beamte wären 5 % Besoldungserhöhung eine zu rechtfertigende Forderung. Und da uns unser Dienstherr bereits seit Jahren mit zu wenig Personal ausstattet, könnte eine Forderung zur Verringerung der Wochenarbeitszeit vielleicht helfen, den einen oder anderen Gedankenanstoß an die politischen Entscheidungsträger zu liefern, um den Personalbestand der Finanzverwaltung etwas aufzubessern und nicht weiter auf Verschleiß zu fahren.

Die öffentliche Diskussion rund um die Streiks der Lokführer erreicht aber auch ganz neue Dimensionen. Nicht nur die Beteiligten selbst, sondern auch diejenigen, die zu diesem Konflikt Stellung nehmen, setzen sich verstärkt der Diskussion aus. So löste die solidarische Haltung des Bundesvorsitzenden des DBB Beamtenbund und Tarifunion, Klaus Dauderstädt, erhebliche Unruhe bei vielen im DBB organisierten Beamten aus. Viele empört offensichtlich das Verhalten der GDL und ihres Vorsitzenden so sehr, dass sie eher ein Machtwort erwartet hätten.

Sogar der Austritt aus den Gewerkschaften war für manche eine nicht mehr zu vermeidende Folge. Diese Erfahrung musste ich in 2 Fällen auch im Ortsverband Leipzig II machen. Aber hilft oder schadet der Austritt aus der DSTG einem der Beteiligten im Bahnstreik? Ich habe da erhebliche Zweifel.

Im Streik der GDL geht es doch um was ganz Grundsätzliches: die grundgesetzlich zugesicherte Koalitionsfreiheit. Sie zu beschneiden, wäre ein massiver Einschnitt in die Grundrechte. Soll die Tarifauseinandersetzung zwischen der Deutschen Bahn und der GDL etwa als Exempel dafür taugen, dass Arbeitgeber zukünftig bestimmen dürfen, mit welcher Interessenvertretung sie zu verhandeln gedenken. Aus Sicht der Arbeitgeber hätte dies sicherlich wesentliche Vorteile. Unterstützung für diese Art der Verhandlungsführung liefert nun ausgerechnet die Große Koalition beim Bund. Das von der Bundesregierung geplante Tarifeinheitsgesetz bezeichnete Claus Weselsky als Entmündigung durch den Gesetzgeber. Aber darf es eine gesetzlich verordnete Tarifeinheit geben? Der DBB-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat da berechtigte Zweifel. Was wäre eine Gewerkschaft noch wert, wenn sie zwar bestehen, aber nicht mehr für ihre Mitglieder verhandeln dürfte.

Auch der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler wies kürzlich in seiner Stellungnahme zum Tarifkonflikt der GDL mit der Deutschen Bahn darauf hin, dass das Prinzip „Nur eine Gewerkschaft“ vom Bundesverfassungsgericht für klar unzulässig erklärt wurde. Unter dem Dach des DBB sind eine Vielzahl von Fachgewerkschaften organisiert, darunter befindet sich neben der DSTG eben auch die GDL. Dennoch bestimmt die GDL ganz allein, wie und in welcher Form sie ihre Tarifverhandlungen zu gestalten gedenkt. Die von der GDL gegenüber der Deutschen Bahn beschlossene Tarifforderung muss man beim DBB und allen anderen unter dessen Dach organisierten Gewerkschaften weder unterstützen, noch ablehnen. Wenn es aber darum geht, einer unter dem Dach des DBB organisierten Gewerkschaft ihre Rechte zu beschränken, ihre Repräsentanten in den Medien zu diffamieren und ihr Handeln immer wieder in ein illegales Licht zu stellen, dann muss auch mal Solidarität zeigen können und dagegen argumentieren dürfen. Und ich meine, diese Solidarität war angemessen.

Umgekehrt benötigen gerade die Beamten die Solidarität der Tarifberechtigten, wenn es mal wieder darum geht, für unsere Interessen einzutreten. Jeder Besoldungsanpassung liegt in der Regel ein Tarifabschluss zugrunde, der vorab auch mit Arbeitskampfmaßnahmen durchgesetzt werden musste. Aus dieser Perspektive sieht man Streiks sicherlich wesentlich entspannter. Dann nimmt man auch mal hin, dass die Mülltonne nicht pünktlich geleert wird, der Hort nicht öffnet oder ein Krankenhaus nur im Notbetrieb arbeitet. Schließlich wollen auch die Beamten von den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst profitieren, selbst wenn sie nicht streiken dürfen. Solidarität funktioniert auf Dauer eben nur gegenseitig.

Also werde ich auch den nächsten Bahnstreik geduldig ertragen, mich darauf einstellen und dennoch an mein Ziel kommen, auch wenn es mal etwas länger dauert.

In diesem Sinne: Bleiben Sie entspannt.

(Mirko Bradatsch, Vorsitzender des OV Leipzig II)

Auflösung des Rätsels aus der letzten Ausgabe

Diesmal war unser Rätsel offensichtlich gar nicht so einfach. Denn bei den zahlreichen Lösungen waren auch einige unrichtige dabei. Aus allen richtigen hat unsere Glücksfee 3 Gewinner(innen) der Gutscheine gezogen. Herzlichen Glückwunsch den Gewinnern:

Kristin Hertel (OV Chemnitz-Süd)
Frank Neudert (OV FHSV)
Anne Sygulla (OV Dresden-Süd)

Vorname	Nachname	bisheriges Amt	neue Behörde
Kevin	Siedler	FA Beucha	FA Oberbobritzsch
Chantalle	Schrupps	LSF Seiffen	FA Beucha
Jaqueline	Kutscher	FA Oberbobritzsch	FA Niesky
Justin	Steinbär	FA Seerhausen	LSF Seiffen
Dörte	Zahm	FA Niesky	FA Seerhausen

Bildungsreise nach Dresden



Noch bevor die Finanzämter Oschatz und Eilenburg zusammengeführt werden, haben sich die beiden Ortsverbände der DSTG zusammengefunden um etwas für ihre politische Bildung zu tun. Am 1. Oktober diesen Jahres besuchte man gemeinsam unseren Sächsischen Landtag.
Begonnen wurde unsere Veranstaltung mit einem Vortrag/einer Diskussionsrunde zur Arbeit des Personalrates. Hierfür noch einmal unsern Dank an Frau Marina Sämisch vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen für ihre präzisen Ausführungen.
Neben einer Besichtigung des Landtages in Dresden mit einem kundigen Führer, der nicht nur zur Geschichte des Gebäudes und des Landtages etwas sagen konnte, war Höhepunkt dieses Besuches das Abgeordnetengespräch mit Herrn Kiesewetter von der CDU und Herrn Winkler von der SPD. Die Kollegen stellten vielfältige Fragen u.a. zur regionalen Entwicklung in unserem Landkreis Nordsachen. Aber auch der Wegfall des Weihnachtsgeldes unserer sächsischen Beamten war Thema dieses Gespräches. Auch wenn das im Moment keinen Einfluss auf die Entscheidungen unserer Landesregierung hat, so konnten unsere Kollegen ihren Unmut über die mangelnde Wertschätzung, die im Wegfall des Weihnachtsgeldes zum Ausdruck kommt, kund tun.







Den Abschluss unserer Bildungsreise bildete der Besuch der Gedenkstätte in der Bautzener Straße, der ehemaligen Stasizentrale der Bezirksverwaltung Dresden. Die Führung durch die Haftanstalt erfolgte durch einen Zeitzeugen. Dieser konnte die damaligen Verhältnisse sehr anschaulich darstellen. Leider war unser Zeitrahmen sehr knapp bemessen. Gern hätten wir das Gespräch noch etwas fortgeführt.

Unsere Bildungsreise war ein Tag mit vielen neuen Eindrücken und Erfahrungen. Jedoch war das Tagesprogramm sehr straff gehalten, sodass die Verpflegung ins Hintertreffen kam. Die nächste gemeinsame Veranstaltung unserer beiden Ortsverbände ist bereits für den im Mai 2015 geplant. Dann steht ein Besuch beim Bundestag auf dem Programm.

(DSTG OV Oschatz und Eilenburg)

Am 15.11.2014 wurde unsere Kollegin Tanja Teich (2. v.r.) zur Vorsitzenden der SBB Frauenvertretung gewählt.
Dazu sagen wir herzlichen Glückwunsch!



Kongress des Sächsischen Beamtenbundes startet eine breite Diskussion zum Thema „Wie viel Staat braucht Staat?“

Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage (2014) teilen 85 % der Befragten die Auffassung, dass in einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, auch eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich ist. Der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD will für Sachsen eine leistungs- und wettbewerbsfähige, dialogorientierte und kooperative Verwaltung, die innovativ, transparent und bürgernah ist.

Mit beiden Beinen in der Realität stehen allerdings die Bediensteten der öffentlichen Verwaltung, die ihren gesetzlichen Auftrag mit immer weniger Personal erfüllen müssen. „Arbeitsverdichtung und Aufgabenkonzentration, geringere Bürgernähe und ein abnehmendes Dienstleistungsangebot sind nur einige der Folgen der Entscheidungen des Landes und der Kommunen in Sachsen,“ so Gerhard



Pöschmann, Vorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes, in seiner Rede auf dem Kongress „Wie viel Staat braucht Staat?“ am 20. November 2014 in Dresden. „Wer heute weiter Personal einsparen will, der muss seinen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch seinen Bediensteten sagen, welche Aufgabe er künftig nicht mehr erfüllen will.“
Die Vorstellungen des Sächsischen Beamtenbundes finden sich in zehn Thesen für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst in Sachsen wieder.

Wie aktuell und wichtig das Thema ist, zeigte die Teilnahme des Sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich an dem Kongress. In seiner Rede führte er aus, dass der öffentliche Dienst das Rückgrat des Freistaates sei, jeder Beamte das Gesicht Sachsens. Ministerpräsident Tillich stellte die aktuellen Überlegungen und Absichten seiner Regierung für den öffentlichen Dienst in Sachsen dar.



Nach den Impulsreferaten des SBB-Vorsitzenden und des Ministerpräsidenten wurde das Thema des Kongresses in einer Podiumsdiskussion fortgeführt. Diskutanten waren die Vertreter der Sächsischen Landtagsfraktionen Christian Piwarz (MdL, CDU), Stefan Brangs (MdL, SPD) und Rico Gebhard (MdL, LINKE) sowie unsere DSTG-Kollegin Nannette Seidler (Stellv. Landesvorsitzende des SBB).
Zahlreiche interessante Fragen wurden, auch aus dem Publikum, an das Podium gegeben. So auch die Frage von Reinhold Mähne, ob die Politik bei geplanter Schaffung von zusätzlichen Stellen bei Lehrern und Polizei nicht auch die Notwendigkeit zu schaffender Stellen im Bereich der Einnahmeverwaltung, also der Steuerverwaltung Sachsens sehe? Leider wurde hier nichts Konkretes geantwortet und nur auf die anstehenden Verhandlungen zum Solidarpakt verwiesen.
Alles in allem aber eine gelungene Veranstaltung, in der der Sächsische Beamtenbund sich seiner Verantwortung gegenüber seinen Mitgliedern aber auch den Bürgern Sachsens offen gestellt hat. Ziel ist war es, eine breite Diskussion zu beginnen. In unser aller Interesse hoffen wir, dass dieser Gedanke aufgenommen wird.

(Nannette Seidler)

Herausgegeben von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen.
Verantwortlich für den Inhalt und Kontaktadresse: Reinhold Mähne (LSF Dresden (BPR) 0351/8271600 bzw. FA Meißen 03521/718 1135), Redakteur: Heiko Herrmann (FA Leipzig I 0341/5593461) eMail: blickpunkt@dstg-sachsen.de;
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.